



Wien, 23. Oktober 2015

## **FOPI: Subventionen auf Kosten von Innovationen?**

Österreich ist als innovativer Standort im Bereich der forschenden pharmazeutischen Industrie international hoch angesehen – noch, denn schon jetzt ist etwa die Zahl klinischer Prüfungen rückläufig: Waren es 2006 noch 336, lag die Zahl 2014 laut Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen nur mehr bei 248. „Das ist bedenklich“, warnt Mag. Ingo Raimon, Präsident des Forums der forschenden pharmazeutischen Industrie Österreich (FOPI), „immerhin führen diese Studien nicht nur zu innovativen Arzneimitteln, von denen eine Vielzahl der Österreicher profitieren. Sie bieten jährlich auch mehreren tausend Patienten die Option, möglichst früh eine innovative Therapie zu erhalten.“

Wird der Gesetzesentwurf, der derzeit in Begutachtung ist, Realität, wird die Pharmaindustrie ab dem kommenden Jahr zu 125 Mio. Subventionszahlungen – oder vielmehr Zwangsrabatten an die Krankenkassen genötigt. Und das, obwohl Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner und Staatssekretär Dr. Harald Mahrer erst Anfang Oktober eine Weiterentwicklung des Life Sciences und Medizin-Standortes Österreichs im Rahmen von Life Science Austria (LISA) angekündigt haben. Raimon dazu: „Eine wichtige Initiative, die durch das Gesetz nun konterkariert werden soll?“

### **Anfang vom Ende des Innovationsstandortes Österreich**

Ein Problem ortet Raimon darin, wie das Gesetz angelegt ist, denn: „Derart unverhältnismäßige Zwangsrabatte führen zu einer Diskriminierung hochwirksamer, innovativer Arzneimittel.“ Eine Entwicklung, die schlussendlich auch dem heimischen Standort schadet, der sich insgesamt nicht gerade von seiner besten Seite zeigt, wie verschiedenste Ranking beweisen: So schnitt etwa beim „WKO Monitoring Report“ 2014 erstmals ein Drittel aller Länder im internationalen Vergleich besser ab als Österreich. Auch im Ranking des Global Innovation Index findet sich Österreich nicht mehr unter den Top-20-Ländern.

„375 Mio. Euro Subventionszahlungen in drei Jahren sind der Anfang eines Down-Gradings der Pharmabranche“, ist FOPI-Präsident Raimon überzeugt. Und betont weiter: „Diese Zwangsrabatte von bis zu 15 Prozent sind ein verfassungsrechtlich bedenklicher Eingriff mit weitreichenden Folgen für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich.“

### **Über FOPI**

Das Forum der forschenden pharmazeutischen Industrie FOPI ist die österreichische Interessenvertretung von 26 internationalen Pharmaunternehmen mit Fokus auf Forschung und Entwicklung. Als Partner im Gesundheitswesen setzt sich FOPI für den Zugang zu innovativen Arzneimitteln und damit für die bestmögliche medizinische Versorgung in Österreich ein. Im Dialog mit Patientenorganisationen, Verschreibern und Kostenträgern trägt FOPI dazu bei, drängende gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Judith Kunczler

Tel: 01/20589 340

Mail: [presse@fopi.at](mailto:presse@fopi.at)